Testatsexemplar

Merseburger Wasser und Service GmbH
Merseburg

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024
und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

Inhaltsverzeichnis Seite

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024 1

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 1

1. Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2024 2
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 5
3. Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2024 7

   Anlagenspiegel 19
4. Kapitalflussrechnung 23
5. Eigenkapitalspiegel 25

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS 1

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024

I. Grundlagen

1. Geschäftsmodell

Der Konzern Merseburger Wasser und Service GmbH (MWS) leistet einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge der Stadt Merseburg. Dabei bilden die Bereiche Energieversorgung, Telekommunikation und Parkraumbewirtschaftung die Schwerpunkte der Unternehmenstätigkeit des Konzerns. Durch die wirtschaftliche und steuerliche Optimierung (Organschaft) wird die Leistungsfähigkeit der kommunalwirtschaftlichen Betätigungen erreicht.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde der Gesellschaftsvertrag der Muttergesellschaft überarbeitet und in diesem Zuge auch eine Umbenennung der Muttergesellschaft von Merseburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH in Merseburger Wasser und Service GmbH vollzogen. Der Gegenstand des Unternehmens wurde um die Wahrnehmung von Aufgaben und die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Wasserversorgung in der Stadt Merseburg und deren Umland erweitert. Hintergrund dafür ist der abgeschlossene Konzessionsvertrag über die Wasserversorgung in der Stadt Merseburg zwischen der MWS und der Stadt Merseburg, der am 16./17.09.2021 geschlossen wurde und zum 01.01.2023 in Kraft treten sollte.

2. Ziele und Strategie

Ein wesentliches Ziel der Unternehmensentwicklung ist die Gestaltung einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung für die Bürger der Stadt Merseburg. Dabei kommt der Fernwärmeversorgung eine zentrale Bedeutung zu, da mit kaum einer anderen Art der Energieversorgung derart kosteneffizient CO_2-Einsparungen erzielt werden können. Im Rahmen der Fernwärmeversorgung setzt der Konzern auf die Nutzung vorhandener Potenziale industrieller Abwärme, die sich aus der Nähe zu den nördlich und südlich gelegenen Industriestandorten Schkopau und Leuna ergeben. Mittlerweile bezieht der Konzern rd. 50 Prozent der bereitgestellten Fernwärme aus der Thermischen Restabfallbehandlungs- und Energieerzeugungsanlage TREA Leuna. Der Vertrag hierzu wurde 2018 geschlossen und die Bauarbeiten im Jahr 2020 abgeschlossen. Auch in den nächsten Jahren wird die Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis Erdgas einen wesentlichen Beitrag zu einer effizienten und klimaschonenden Wärmeversorgung leisten. Der Konzern hat sich das Ziel gesetzt möglichst vor dem Jahr 2045 klimaneutral zu sein. Aus diesem Grund haben wir 2024 mit der Erarbeitung eines Transformationsplanes begonnen, der den kompletten Umstieg von einer fossilen Energieerzeugung und Wärmebereitstellung hin zu einer klimaneutralen Fernwärmeversorgung bis spätestens 2045 konkret machen soll. Der Transformationsplan soll Mitte 2025 vorliegen und bildet damit die Grundlage für die von der Stadt Merseburg zwischenzeitlich beauftragte kommunale Wärmeplanung.

Die vor allem im Geschäftsjahr 2022 aufgetretenen Entwicklungen am Energiemarkt in Form von stark steigenden und zunehmend volatileren Preisen zeigen auf, wie essenziell eine Optimierung der Energieerzeugung sowie eine langfristige und risikoarme Beschaffungsstrategie für eine wirtschaftliche Energieversorgung ist. Der Konzern hat das Ziel, die gesetzlich verankerten klimapolitischen Ziele schnellstmöglich umzusetzen. Bereits jetzt ist die Wärmeversorgung der Stadt Merseburg rund 50 Prozent CO_2-neutral. Zur vollständigen Dekarbonisierung der Wärmeversorgung werden aktuell verschiedene Projekte untersucht.

Der Auf- und Ausbau der Telekommunikationssparte stellt einen wesentlichen Baustein der strategischen Unternehmensentwicklung dar. Im Gegensatz zum Energiemarkt, der aufgrund der weiter wachsenden Zahl von Eigenerzeugungsanlagen der Kunden und deren gleichzeitiger Einsparbemühungen eher von einem Absatzrückgang geprägt ist, stellt die Telekommunikation einen Markt mit nach wie vor hohen Wachstumsraten dar. Der Konzern will sein modernes Glasfasernetz in der Region weiter ausbauen und an dem hohen Wachstum im Bereich schneller Internetanschlüsse teilhaben. Sowohl der Ausbau des Glasfasernetzes als auch die Produktentwicklung und Vertriebsaktivitäten sollen hier weiter forciert werden.

Mit dem Betrieb der Erdgastankstelle bietet das Unternehmen seinen Kunden die Möglichkeit, die günstige und ökologische Alternative erdgasbetriebener Kraftfahrzeuge zu nutzen. Auch im Bereich der Elektromobilität engagieren sich die Stadtwerke. Zwischenzeitlich betreibt das Unternehmen Ladesäulen an 10 Standorten.

3. Steuerungssysteme

Im Konzern haben wir durch die Fortführung des Berichtswesens, das regelmäßig umfangreiche Analysen und Prognosen zur wirtschaftlichen Situation und der Qualität der Dienstleistungen bereitstellt, den gesetzlichen Erfordernissen Rechnung getragen. Zusätzlich wurde im Geschäftsjahr 2020 begonnen, ein Tax-Compliance-Management-System im Konzern zu implementieren.

Dabei werden verschiedene Risikomanagementmethoden genutzt. Schwerpunkte stellen dabei die Ergebnis- und Liquiditätsüberwachung sowie das Forderungsmanagement dar. Ziel ist es u.a. Ausfall- und Liquiditätsrisiken zu erkennen, entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten, um die Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens nachhaltig zu sichern.

Mit Hilfe einer Beschaffungsrichtlinie für den Strom- und Gasbezug und deren Einbindung in die IT-Umgebung erfolgt die tägliche Kontrolle über mögliche Beschaffungsrisiken. Abweichungen werden an die Geschäftsführung berichtet. Das Risikokomitee analysiert regelmäßig die aktuelle Marktlage und leitet hieraus notwendige Maßnahmen für die Beschaffung ab.

Auf Basis der aktuellen Risikoinventur wurde der Risikobericht für das Jahr 2024 erstellt.

Die Risikoberichterstattung des Konzerns bezieht sich auf das Management der wesentlichen Risiken. Der Risikobericht wird regelmäßig hinsichtlich Ergebnis- und Liquiditätsrisiken aktualisiert und überwacht. Für Risiken aus den Aktivitäten im Beschaffungs- und Absatzbereich wurden eigene Bewertungs- und Berichtssysteme implementiert.

Wesentliche Einzelrisiken werden wie folgt überwacht:

- Dem Risiko von Forderungsausfällen (Adressausfallrisiko) wird durch das Einholen von Bonitätsauskünften vor Vertragsabschluss begegnet. Grundlage für die Einholung bildet ein bestimmtes Auftragsvolumen. Im Bereich Energiebeschaffung erfolgt eine regelmäßige Überwachung und Klassifizierung der Handelspartner.

- Preisrisiken bestehen in den Bereichen Energiebeschaffung beziehungsweise Energievertrieb. Das Risiko offener Positionen in der Energiebeschaffung wird täglich überwacht und gesteuert. Negative Veränderungen der der Kalkulation zu Grunde liegenden Preisbestandteile und erhöhter Wettbewerbsdruck sind die ebenfalls regelmäßig analysierten und der Risikoberichterstattung unterliegenden Risiken im Bereich Energievertrieb.

- Die stete Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft vor allem mit der Folge sinkender Erlösobergrenzen ist ein grundlegendes Risiko, dem durch laufende Überwachung der Tätigkeitsbereiche Strom- und Gasnetz begegnet wird.

- Aus dem Betrieb und der Unterhaltung von technischen Anlagen ergeben sich operationelle Risiken. Diesen wird bspw. durch den Abschluss von Versicherungen begegnet. Regelmäßige Wartung, Instandhaltungen und Investitionen mindern die Eintrittswahrscheinlichkeiten der technischen Risiken.

- Mengenrisiken aufgrund von Abweichungen des Absatzverhaltens durch konjunkturelle, wetter- oder wechselbedingte Schwankungen gegenüber der Prognose wird durch regelmäßige Aktualisierungen der Prognose begegnet.

- Umfangreiche Personalentwicklungsmaßnahmen wie zum Beispiel das Traineeprogramm des Konzerns sollen den bestehenden personellen Risiken aus dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaftsleistung befindet sich im Jahr 2024 in einer Stagnation. Das preisbereinigte BIP ist im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Gründe hierfür sind insbesondere die zunehmende Konkurrenz auf wichtigen Absatzmärkten, unsichere wirtschaftliche Aussichten, ein erhöhtes Zinsniveau sowie hohe Energiekosten. Zudem sind Verbraucherpreise weiterhin gestiegen. Die Jahresteuerungsrate ist gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent gestiegen. Die Teuerung trifft vor allem Dienstleistungen und Waren. Diese wirtschaftliche Schwächephase hat Auswirkungen auf die gesamte Investitionstätigkeit. Insbesondere sind für die Energiewende hohe Investitions- und Finanzierungskosten nötig. Bei wirtschaftlicher Unsicherheit verzögern sich die notwendigen Maßnahmen zur Modernisierung der Infrastruktur für eine erfolgreiche Transformation.

Auf den Energiegroßhandelsmärkten herrscht weiterhin ein hohes Preisniveau über alle Energieträger hinweg. Die Großhandelspreise für die Langfristbeschaffung von Erdgas sind im Jahr 2024 weiterhin mehr als doppelt so hoch, wie im Vergleich zum Vorkrisenniveau Februar 2022. Die Großhandelspreise für Strom betrugen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2024 78 EUR/MWh und waren damit deutlich niedriger als im Jahr 2023. Der Preis zeigte im Jahresverlauf jedoch eine stetig steigende Tendenz. Für Stromhaushaltskunden im Bestand fielen im Jahr 2024 die durchschnittlichen Kosten um 11 Prozent. Bei den Preisbestandteilen gab es insbesondere eine Verringerung von Umlagen, Abgaben und Entgelte sowie der Beschaffungspreise. Die Netzentgelte sind dagegen deutlich gestiegen. Die Erdgaspreise für Haushalte sind um rund 30 Prozent gesunken. Fernwärmekosten hingegen sind zum Vorjahr gestiegen. Gründe hierfür sind zeitverzögerte Effekte wie der Wegfall der Energiepreisbremse ab Beginn des Jahres, obwohl zu beachten ist, dass Fernwärmepreise je nach Netz- und Erzeugerstruktur unterschiedlich ausfallen. Die Mehrwertsteuersenkung auf 7 Prozent für Erdgas und Fernwärme wurde ab dem April 2024 wieder auf 19 Prozent angehoben. Der CO_2-Preis für Brennstoffe stieg zum Jahresbeginn auf 45 EUR/Tonne und erhöht sich ab Januar 2025 auf 55 EUR/Tonne.

Neben wirtschaftlichen Herausforderungen zeigen die Folgen des Klimawandels zunehmend Wetterextreme. Das Jahr 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Zudem lag die globale Durchschnittstemperatur 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Mitte September ereigneten sich in weiten Teilen Mitteleuropas Überschwemmungen und Ende Oktober eine schwere Flutkatastrophe in Spanien. Global waren in diesem Jahr der Westen der USA, Kanada und Chile von einer intensiven Waldbrandsaison betroffen. Zudem herrschte in vielen Teilen Amerikas und im nordwestlichen- und südlichen Afrika eine Dürre. Auch die zerstörerischen Hurrikans „Helene“ und „Milton“ richteten im Süden der USA großen Schaden an. Klimapolitische Bemühungen sind demnach wichtiger als je zuvor. Die nationalen energiepolitischen Entwicklungen sind im Jahr 2024 jedoch zahlreichen Veränderungen und Unsicherheiten unterlegen.

Klimapoltisch wurde das Klimaschutzgesetz, welches Ende 2019 in Kraft getreten ist, in der Mitte des Jahres 2024 novelliert. Das Ziel des Gesetzes ist es eine Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 zu erreichen. Zur Erreichung des Ziels, werden Zwischenziele für einzelnen Sektoren festgelegt. Im Kern wurde der Nachsteuerungsmechanismus zur Erreichung der Treibhausgasminderungsziel der einzelnen Sektoren aufgeweicht. Trotz Verfehlungen von einzelnen Sektorenziele muss bei Zielverfehlung eines Sektors nicht nachgesteuert werden. Es gilt somit ausschließlich das sektorübergreifende Treibhausgasminderungsziel.

Im Bereich der Energiewirtschaft soll die Kraftwerksstrategie einen zügigen Zubau an regelbaren Kraftwerken gewährleisten, welche perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden sollen. Geplant ist ein Zubau von 7 GW an wasserstofffähigen Kraftwerken, 500 MW an Sprinterkraftwerken und 5 GW an Gaskraftwerken. Ziel ist es im Rahmen des entwickelten Kapazitätsmechanismus steuerbare Leistung im Strommarkt der Zukunft zu realisieren. Zudem soll die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung Planungssicherheit zur Transformation des derzeit bestehenden Gasnetzes und einem Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes schaffen. Durch den Bruch der Ampelkoalition folgt eine Verzögerung der Kraftwerksstrategie, was Unsicherheiten bei der Netz- und Systemplanung der Gasnetztransformation birgt.

Für den Gebäudesektor haben das im Jahr 2023 reformierte Gebäudeenergiegesetz (GEG), das Wärmeplanungsgesetz (WPG) und die Reform der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), welche Anfang 2024 in Kraft getreten ist, strategische Leitplanken für eine Wärmewende in die Wege geleitet. Das GEG gibt Anforderungen an Heizungsanlagen vor. Unter anderem muss die Anlage mit mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Für die Umsetzung dieser Anforderungen gibt es jedoch verschiedene Umsetzungsfristen. Trotz verbesserten Förderoptionen aus dem BEG, gab es einen Absatzeinbruch von Wärmepumpen um 44 Prozent. Das WPG hat das Ziel, einen Beitrag zur Versorgung von Raumwärme, Warmwasser und Prozesswärme auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme zu leisten. Es verpflichtet Kommunen dazu, eine Wärmeplanung zu erarbeiten. Für Kommunen über 100.000 Einwohner muss eine Wärmeplanung bis Mitte 2026 vorliegen. Für Kommunen unter 100.000 ab Mitte 2028. Ebenfalls werden Ziele an Wärmenetze aufgestellt. Der Anteil von Wärme aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme in Wärmenetzen muss bis zum Jahr 2030 im bundesweiten Mittel 50 Prozent betragen. Für bestehende Wärmenetze gilt ein Anteil von 30 Prozent bis zum Jahr 2030 und mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2040. Ab dem Jahr 2045 sind alle Wärmenetze vollständig mit erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme zu speisen.

Das im November 2023 gefasste Urteil vom Bundesverfassungsgericht zum Klimatransformationsfond hatte weitreichende Folgen, insbesondere zur Gestaltung der Haushaltspolitik. Trotz vieler Verhandlungen im Bundestag verblieb eine zweistellige Milliardenlücke im Bundeshaushalt. Der Haushaltskonflikt führt letztendlich zu dem vorzeitigen Bruch der bisherigen Ampelkoalition. Die Neuwahlen der Bundesregierung im Februar 2025 führen zu zusätzlicher Unsicherheit bei der Ausgestaltung der derzeitigen energiepolitischen Gesetzeslandschaft. Für eine erfolgreiche Energie- und insbesondere Wärmewende, ist jedoch die Voraussetzung, dass von der Politik eine Planungs- und Investitionssicherheit gewährleistet ist.

2. Geschäftsverlauf

Im Sondervertragskundenbereich Strom sank die Absatzmenge um insgesamt 8,5 Prozent. Auch im Segment Standardlastprofilkunden (SLP) sank der Absatz um 12,9 Prozent. Insgesamt war ein Rückgang von 10,8 Prozent der gelieferten Energiemenge gegenüber dem Vorjahr im Stromvertrieb zu verzeichnen. Die Strombedarfsdeckung erfolgt durch den Strombezug von vier Lieferanten sowie durch Eigenerzeugung in unseren BHKWs. Im Netzbereich verblieb die gesamte Netzausspeisung auf dem Vorjahresniveau.

Der Fernwärmeabsatz an Sondervertragskunden, der den Hauptanteil der Wärmeversorgung ausmacht, blieb trotz Neuanschluss von Kunden im Geschäftsjahr 2024 durch die milde Witterung und die Energieeinsparbemühungen nahezu konstant (71,8 GWh; Vorjahr 71,3 GWh). Der Nahwärmeabsatz sank auf 2,8 GWh (Vorjahr 3,6 GWh). Der Absatz im Rahmen des Contractings blieb ebenfalls konstant (4,6 GWh). Der Wärmebedarf wird durch den Wärmebezug aus der TREA Leuna und durch die Eigenerzeugung in unseren BHKWs gedeckt.

In der Sparte Gas wurden im Geschäftsjahr rd. 87,8 GWh Erdgas für den Betrieb der eigenen Blockheizkraftwerke, Nahwärme- und Contractinganlagen bezogen. Der Gesamtbedarf des Unternehmens von rd. 150 GWh (Vorjahr 172 GWh) wurde durch Gasbezug von sechs Großhändlern gedeckt.

Der Absatz an Heizgaskunden, welche den größten Anteil der Standardlastprofilkunden bilden, sank sowohl witterungsbedingt als auch durch Energieeinsparbemühungen und Kundenwechsel um 9,4 Prozent. Der Tarifkundenabsatz, zum dem u.a. die Grund- und Erdsatzversorgung und Kochgaskunden zählen, verringerte sich nach temporären Belieferungen im Vorjahr um rd. 42,9 Prozent.

Im Sondervertragskundenbereich Gas sank der Absatz um rd. 25,0 Prozent. In diesem Segment werden generell nur wenige Kunden beliefert. Der Eigenbedarf der eigenen Erzeugungsanlagen sank gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent.

Insgesamt wurden 224 GWh (Vorjahr 238 GWh) im Erdgasnetz verteilt. Davon entfallen 124 GWh (Plan: 160 GWh) auf RLM–Abnahmestellen und 100 GWh (Plan: 115 GWh) auf SLP–Abnahmestellen.

Die Sparte Telekommunikation ist auch weiterhin durch einen deutlichen Kundenzuwachs geprägt. Zum Bilanzstichtag wurden rd. 5.900 FTTC-Verträge, rd. 1.950 FTTB-Verträge, rd. 1.300 FTTH-Verträge und rd. 3.850 TV-Verträge abgerechnet. Darüber hinaus liegen zahlreiche Vertragsabschlüsse für den Anschluss an unser Glasfasernetz vor. Diese Kunden werden 2025 mit Abschluss der Bauarbeiten in den einzelnen Ausbaugebieten sukzessive in den Status homes connected bzw. homes activated überführt und somit in Betrieb genommen.

Aus der Parkhausnutzung der Klia-Tiefgarage wurden Umsatzerlöse durch Kurzparker von T€ 25 (Vorjahr T€ 27), durch Dauerparker von T€ 56 (Vorjahr T€ 48) sowie durch sonstige Nebenerträge von T€ 13 (Vorjahr T€ 13) erzielt.

Die erzielbaren Umsatzerlöse aus der Parkhausnutzung können nicht die bestehenden Miet-, Pacht- und sonstigen Aufwendungen abdecken. Damit wird ein defizitäres Ergebnis in der Sparte Verkehr erreicht. Durch die positiven Spartenergebnisse des Energieversorgungsbereiches wird das defizitäre Ergebnis der Sparte Verkehr ausgeglichen.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Anteil des Eigenkapitals ist durch die gestiegene Bilanzsumme (T€ 119.543; Vorjahr T€ 112.195) trotz Bildung von Gewinnrücklagen von 32,5 Prozent auf 31,8 Prozent gesunken. Daneben wird das langfristige Sachanlagevermögen fristenkongruent finanziert. Der Anstieg der Bilanzsumme ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch den Zuwachs des Anlagevermögens und die zum Bilanzstichtag gestiegenen liquiden Mittel gekennzeichnet. Die Passivseite ist im Wesentlichen geprägt durch den Anstieg des Eigenkapitals und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Dem gegenüber stehen leicht gesunkene Rückstellungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

Nach den bereits in den Vorjahren getätigten Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2024 weitere finanzielle Mittel in den weiteren Ausbau und die Erneuerung der Strom- und Fernwärmenetze, der Erzeugungsanlagen sowie den weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur investiert (gesamt T€ 9.046). Insgesamt betrug der Cashflow aus der Investitionstätigkeit T€ - 7.767. Die Investitionen konnten anteilig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft (T€ 6.361) finanziert werden. Auch in den Folgejahren sind weitere Investitionen im Netzbereich der Sparten Fernwärme, Strom und Telekommunikation geplant.

Die Liquidität des Konzerns war ganzjährig sichergestellt.

Der Konzernjahresüberschuss, der dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist, beträgt T€ 1.213 und liegt damit über den Erwartungen (T€ 503) für das Geschäftsjahr 2024. Insgesamt sind die Umsatzerlöse nach dem drastischen Anstieg im Vorjahr wieder etwas gesunken (T€ 59.612; Vorjahr 60.495). Während die Umsatzerlöse in den regulierten Netzsparten durch das gestiegene Preisniveau u.a. in der vorgelagerten Netzebene deutlich anstiegen, sind die Umsätze in den Energiesparten Strom und Gas durch rückläufige Energiemengen gesunken. Die Kosten der Wärmeproduktion steigen aufgrund der zeitlich vorgelagerten Beschaffung der benötigten Energiemengen mit zeitlicher Verzögerung zum Erdgasmarkt. Dies ist in den Preisgleitklauseln der Wärmelieferverträge entsprechend der Beschaffungsstrategie abgebildet. Durch diese verzögerte Wirkung der Preisgleitklauseln spiegelte sich das massiv gestiegene Energiepreisniveau 2022/2023 erst in den Fernwärmepreisen des abgelaufenen Geschäftsjahres wider, sodass hierdurch die Umsatzerlöse stiegen. Auch die stetigen Kundenzuwächse in der Sparte Telekommunikation führen zu steigenden Umsatzerlösen. Der Materialaufwand verringerte sich korrespondierend zu den Umsatzerlösen der Strom- und Erdgassparte (T€ 46.114, Vorjahr T€ 46.890). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhten sich durch den Anstieg von Netz- sowie Betriebsführungsentgelten.

Das Rohergebnis konnte sich gegenüber dem Vorjahr trotz erneuter Mindererlöse in den regulierten Sparten geringfügig verbessern. Dadurch verbesserte sich auch das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr trotz höherer Abschreibungen und sonstiger betrieblicher Aufwendungen. Das Finanzergebnis erhöhte sich, im Wesentlichen durch Beteiligungserträge, leicht. Dem gegenüber steht ein verbessertes neutrales Ergebnis.

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung innerhalb des Konzerns werden die Leistungsindikatoren Investitionsvolumen, der dem Mutterunternehmen zuzurechnende Konzernjahresüberschuss und Kundenanzahl für Standardlastprofilkunden angewendet.

Das genehmigte Investitionsvolumen laut Wirtschaftsplan 2024 der Konzerntochter SWM (T€ 19.147) wurde zu rd. 47,2 Prozent umgesetzt. Einige Projekte konnten nicht wie geplant in Angriff genommen oder mussten verschoben werden, so dass das im Geschäftsjahr geplante Investitionsbudget nicht vollständig ausgeschöpft wurde und zum Teil auf das Folgejahr verschoben wurde. Vor allem die neu ab 2023 im Vorfeld einer Fernwärmebaumaßnahme notwendige Antragstellung nach BEW sowie verzögerte Baufreigaben und Projektverschiebungen bei Abhängigkeit von anderen Bauträgern waren für die Verschiebungen im Wesentlichen verantwortlich. Aktuell gehen wir davon aus, dass das genehmigte Investitionsbudget auch für 2025 nicht in voller Höhe von rd. 19,5 Mio. € ausgeschöpft werden kann, da bereits von anderen Baulastträgern eine Projektverschiebung angezeigt wurde.

Der Konzernjahresüberschuss 2024, der dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist (T€ 1.253), lag, im Folge eines besseren Ergebnisses im Energievertrieb und höheren Beteiligungserträgen, deutlich über dem Planansatz (T€ 503). Für das Folgejahr wird wieder mit einem Ergebnis in Höhe des Planansatzes gerechnet.

Die Kundenanzahl der Standardlastprofilkunden wich in der Sparte Strom nur geringfügig von den Planansätzen ab (+ 0,7 Prozent). Im Gasbereich dagegen sank wettbewerbsbedingt die Kundenanzahl, sodass eine Planunterschreitung von 6,4 Prozent zum Bilanzstichtag vorlag. In beiden Sparten wird für das Jahr 2025 (analog dem Vorjahr) von einem leicht sinkenden Niveau ausgegangen.

5. Gesamtaussage

Aus Sicht der Geschäftsführung ist das Geschäftsjahr trotz der Bewegungen am Energiemarkt und den Herausforderungen zur kurzfristigen Umsetzung staatlicher Regularien positiv zu beurteilen.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Der Auf- und Ausbau einer wirtschaftlichen sowie zugleich sicheren und umweltschonenden Energieversorgung erfordert auch in den nächsten Jahren Investitionen in allen Bereichen des Unternehmens. Auch für das Geschäftsjahr 2025 sind umfangreiche Investitionen (rd. 19,5 Mio. €) insbesondere in Bezugs- und Verteilungsanlagen geplant. Die Finanzierung der geplanten Investitionen soll durch einen angemessenen Anteil Eigenmittel sowie die Neuaufnahme von Fremdkapital erfolgen.

Für die 4. Regulierungsperiode wurde die Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV sowohl für das Gas- als auch für das Stromnetz genehmigt. Die Anträge auf Kostenprüfung wurden für die Aktivitäten Gasverteilung im Jahr 2021 und Elektrizitätsverteilung im Jahr 2022 fristgerecht bei der Landesregulierungsbehörde eingereicht.

Mit der Stadt Merseburg wurden im Jahr 2011 neue Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze der Stadt Merseburg sowie deren Eingemeindungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen und bilden die grundlegende Basis für das Netzgeschäft des Unternehmens im Bereich Strom und Gas der nächsten Jahre.

Die extreme Volatilität der Energiepreise seit dem 4. Quartal 2021 hatte dazu geführt, dass sich einige Energiehändler zeitweise vom Markt zurückgezogen haben. Betroffenen Kunden in unserem Netzgebiet konnten wir im Rahmen der Grund- und Ersatzversorgung eine Sicherstellung der Belieferung anbieten. Durch die inzwischen deutlich zurückgekommenen Börsenpreise für Energie gerade am Spotmarkt, bieten nun wieder vermehrt Energiehändler Lieferverträge in unserem Versorgungsgebiet an. Lieferanten, die auf eine kurzfristige Eindeckung setzen, können damit aktuell niedrige Endkundenpreise anbieten. Auch mit Auslaufen der staatlichen Preisbremsen zieht damit der Wettbewerb wieder merklich an. Diesem steigenden Wettbewerbsdruck innerhalb der Energiemärkte werden wir mit kontinuierlicher Verbesserung unserer Prozesse begegnen und zugleich daran arbeiten, die in den letzten Jahren erlangte Markenstärke zu erhalten bzw. noch weiter auszubauen. Daneben wird der Ausbau der Dienstleistungen im Bereich Telekommunikation weiter konsequent vorangetrieben.

Zur weiteren wirtschaftlichen Stärkung des Unternehmens und Diversifizierung wurde und wird intensiv in den Bereich der Telekommunikation investiert. Damit ist das technische Potenzial vorhanden, um die Kunden kontinuierlich ans Netz anzuschließen und schnelles Internet anzubieten. Auch in umliegenden Gemeinden können inzwischen Kunden mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgt werden. Dieses Angebot wird auch im Geschäftsjahr 2025 noch weiter ausgebaut.

Durch die Konzentration auf unsere Stärken und die Analyse der Bedürfnisse unserer Kunden wollen wir versuchen, unsere Produkte noch bedarfsorientierter zu gestalten und dem Kunden so Vorteile zu bieten. Ab 2025 wird der Konzern im Tarifkundensegment ausschließlich grüne Stromprodukte anbieten. Die erworbenen und selbst produzierten Strommengen werden mit Hilfe von EE-Zertifikaten aufgewertet. Gleichzeitig werden wir aber unser Portfolio so weit wie

möglich verschlanken und überholte Produkte vom Markt nehmen, um so die Effizienz zu verbessern und die Kosten niedrig zu halten.

Seit der Verschärfung des Russland–Ukraine–Konfliktes laufen in Deutschland und Europa Bemühungen, sich unabhängiger von russischen Gas- und Öllieferungen zu machen. Darüber hinaus wird in Deutschland der Umbau der Energiewirtschaft hin zu einer treibhausgasneutralen Energieversorgung und damit zum Ausbau erneuerbarer Energien massiv vorangetrieben. U.a. sieht das neue Gebäudeenergiegesetz ab Januar 2024 vor, dass jede neu eingebaute Heizung in Neubaugebieten zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Dies wird in den kommenden Jahren über die witterungsbedingten Einbußen hinaus zu deutlichen Absatzrückgängen führen. Dass die leitungsgebundene Erdgasversorgung davon in hohem Maße betroffen ist, hat der Gesetzgeber erkannt und beabsichtigt den sich abzeichnenden Konflikt langer Nutzungsdauern versus endliche tatsächliche Nutzung durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen (u.a. KANU bzw. KANU 2.0) abzufedern. Letztlich führt dies aber zu noch stärkeren Belastungen aller Gaskunden durch steigende Netzentgelte in der näheren Zukunft und hat entsprechende Rückwirkung auf die Erlöse der Gesellschaft. Die Entwicklung wird von uns laufend beobachtet, um frühzeitig die Unternehmensstrategie anpassen zu können. Der Umbau der Wärmeversorgung soll weiterhin konsequent vorangetrieben und der Neuanschluss von Kunden an das Fernwärmenetz forciert werden. Bereits heute erfolgt die Wärmelieferung in Merseburg zu rd. 50 Prozent CO_2-neutral.

Mit dem Amtsantritt einer neuen Bundesregierung nach den erfolgten Wahlen im Februar 2025 erwarten wir auch weiterhin Herausforderungen zur kurzfristigen Umsetzung von staatlichen Maßnahmen. Im Entwurf des Koalitionsvertrages sind einige Maßnahmen enthalten, die Auswirkungen auf unsere Branche und unsere Kunden haben werden. Beispielsweise sind hier das Ziel sinkender Energiekosten durch eine Reduzierung der Stromsteuer, Netzentgelte und die Einführung eines Industriestrompreises zu nennen. Für Unternehmen sollen durch einen Investitions-Booster Anreize geschaffen werden und auch am Bürokratieabbau gearbeitet werden. Auch hier werden wir die Gesetzgebungsverfahren laufend beobachten, um Chancen und Risiken für unser Unternehmen zu ermitteln und frühzeitig die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Durch die deutlichen Preissteigerungen bei den Energiekosten und weiteren inflationsbedingten Preisanstiegen für Verbraucher gehen wir auch durch das Auslaufen der staatlich eingeleiteten Gegenmaßnahmen weiterhin von höheren Zahlungsausfällen als in der Vergangenheit aus. Der Liquiditätsüberwachung und -steuerung kommt auch weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

Für die Parkraumbewirtschaftung in der Klia-Tiefgarage gehen wir im Geschäftsjahr 2025 von einem ähnlichen Nutzungsverhalten unserer Kunden wie im Vorjahr aus. Auch der Materialaufwand wird auf Vorjahresniveau erwartet, sodass ein ähnlicher Verlust der Sparte Verkehr erwartet wird.

Mittelfristig sowie für das Geschäftsjahr 2025 erwartet der Konzern MWS einen positiven Geschäftsverlauf mit Überschüssen aus den Sparten der Energieversorgung, die die voraussichtlichen Verluste aus der Parkraumbewirtschaftung decken werden. Die Übernahme der Wasserkonzession zum 01.01.2023 konnte bisher noch nicht erfolgen, da mit dem Altkonzessionär noch keine Einigung zum Kaufpreis für das Anlagevermögen erzielt werden konnte. Daher wurde Klage zur Herausgabe des örtlichen Wassernetzes beim Landgericht eingereicht. Die Dauer des Gerichtsverfahrens ist derzeit nicht absehbar. Damit ist der genaue Zeitpunkt zur Übernahme des Wassergeschäftes aktuell nicht absehbar. Mittel- und langfristig soll das Wassergeschäft die Ertragslage des Unternehmens verbessern.

Somit ist auch für 2025 und mittel- und langfristig mit einem positiven Jahresergebnis zu rechnen. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem Konzernjahresergebnis in Höhe von T€ 539 gerechnet.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

Merseburg, den 24. Juni 2025

Guido Langer

Geschäftsführer

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

MiPDFUtilities V1.10

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.066.861,74	937.019,87
2. Geschäfts- und Firmenwert	185.769,27	297.230,83
3. Geleistete Anzahlungen	16.199,10	130.693,57
	1.268.830,11	1.364.944,27
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	6.687.380,50	6.878.766,75
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	6.286.705,19	5.497.668,67
3. Verteilungsanlagen	60.604.194,48	58.667.665,57
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	453.586,14	493.263,79
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.465.541,67	4.172.170,19
	78.497.407,98	75.709.534,97
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.778.891,84	5.376.277,96
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.300.720,00	3.300.720,00
	9.079.611,84	8.676.997,96
	88.845.849,93	**85.751.477,20**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.002.006,36	953.860,73
2. Emissionsrechte	990.831,00	754.421,00
3. Geleistete Anzahlungen für Emissionsrechte	1.014.750,00	931.991,90
	3.007.587,36	2.640.273,63
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.770.699,32	9.980.340,80
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	112.593,33	182.067,51
3. Sonstige Vermögensgegenstände	3.344.593,83	2.864.782,32
	13.227.886,48	13.027.190,63
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.957.542,68	8.261.899,47
	27.193.016,52	**23.929.363,73**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**100.762,88**	**146.794,87**
D. Aktive latente Steuern	**3.402.913,09**	**2.367.014,74**
	119.542.542,42	**112.194.650,54**

Passiva

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	3.945.590,00	3.945.590,00
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	12.686.872,14	12.032.044,06
IV. Konzernbilanzgewinn	2.049.808,70	1.741.493,06
V. Nicht beherrschende Anteile	19.361.590,61	18.705.248,65
	38.068.861,45	**36.449.375,77**
B. Sonderposten		
1. Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	6.771.917,08	6.316.140,57
2. Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge	4.060.020,47	3.895.131,67
	10.831.937,55	**10.211.272,24**
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	1.880.927,00	1.895.915,00
2. Steuerrückstellungen	64.473,68	151.836,05
3. Sonstige Rückstellungen	9.221.850,86	9.747.582,54
	11.167.251,54	**11.795.333,59**
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.339.781,58	41.640.288,71
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.659.771,37	4.909.080,72
3. Erhaltene Anzahlungen	1.388.114,43	462.704,81
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	139.593,15	691.429,06
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.302.895,63	5.629.067,73
(davon aus Steuern € 888.230,12; 31.12.2023 € 1.077.319,14)		
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00; 31.12.2023 € 180,00)		
	57.830.156,16	**53.332.571,03**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**11.462,19**	**10.469,18**
F. Passive latente Steuern	**1.632.873,53**	**395.628,73**
	119.542.542,42	**112.194.650,54**

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	2023
	€	€
1. Umsatzerlöse	60.754.759,58	61.888.235,80
abzgl. Stromsteuer	-776.436,28	-957.797,00
abzgl. Energiesteuer	-366.737,62	-435.233,40
	59.611.585,68	60.495.205,40
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	96.754,16	49.883,36
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.925.031,20	2.120.994,94
	61.633.371,04	62.666.083,70
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.851.806,13	32.567.435,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.262.460,76	14.322.876,50
	46.114.266,89	46.890.312,46
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.957.238,57	1.935.834,18
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	391.322,07	354.110,65
(davon für Altersversorgung € 1.232,98; 2023 € 1.285,08)		
	2.348.560,64	2.289.944,83
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.308.126,90	7.122.739,32
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.132.603,24	3.733.689,59
8. Erträge aus assoziierten Unternehmen	652.613,88	310.366,64
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	442.296,48	429.093,60
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	586.611,45	677.932,03
(davon aus Abzinsung € 277.138,38; 2023 € 58.664,72)		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	914.102,55	691.977,52
(davon aus Aufzinsung € 76.489,32; 2023 € 44.953,39)		
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.133.721,28	286.456,90
(davon aus latenten Steuern € 201.346,45; 2023 € -584.344,43)		
13. Ergebnis nach Steuern	**3.363.511,35**	**3.068.355,35**
14. Sonstige Steuern	165.893,67	151.822,20
15. Konzernjahresüberschuss	**3.197.617,68**	**2.916.533,15**
16. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn	1.984.473,96	1.889.791,96
17. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	459.000,00	255.000,00
18. Gewinnvortrag	1.295.664,98	969.751,87
19. Konzernbilanzgewinn	**2.049.808,70**	**1.741.493,06**

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2024

1. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Das Mutterunternehmen, die Merseburger Wasser und Service GmbH (MWS), mit Sitz in Merseburg wird beim Amtsgericht Stendal unter der Nummer HRB 215236 geführt.

Der Konzernabschluss der MWS wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) unter Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Besonderheiten der Versorgungswirtschaft wurden durch Erweiterung der Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzw. spezielle Postenbezeichnung berücksichtigt. Insbesondere wurde die Gliederung der Bilanz gemäß § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um den “Sonderposten für Investitionszuschüsse“ sowie den “Sonderposten für Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge“ erweitert, um einen besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage zu geben. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Angaben zu Restlaufzeiten von Forderungen und Verbindlichkeiten sowie zu Forderungen und Verbindlichkeiten gegen/gegenüber Gesellschafter werden im Anhang gemacht. Als Gesellschafter werden im Konzernabschluss die Gesellschafter der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ausgewiesen.

2. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31.12.2024 werden folgende Gesellschaften einbezogen:

Gesellschaft	Gezeichnetes Kapital in T€	Ergebnis (vor Ergebnisabführung) in T€	Anteile am Kapital und Stimmrechte	Art der Einbeziehung Art der Bewertung
Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg	7.670	4.566	51,00 %	Vollkonsolidierung
Stadtwerke Merseburg Gasnetz GmbH, Merseburg	25	-283	51,00 %*	Vollkonsolidierung
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH, Bernburg	9.978	1.026	50,00 %*	Equity-Bewertung
Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH, Weißenfels	75	289	33,33 %*	Equity-Bewertung

* mittelbare Beteiligung

Die nach DRS 8 für wesentliche assoziierte Unternehmen anzugebenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen sind im Unternehmensregister (www.unternehmensregister.de) abrufbar.

3. Konsolidierungsmethoden

a) Stichtag

Der Konzernabschluss sowie die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden zum 31. Dezember 2024 aufgestellt.

b) Vollkonsolidierte Unternehmen

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss der MWS einbezogenen Unternehmen werden einheitlich entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen erfolgt nach der Neubewertungsmethode gemäß § 301 HGB. Die Erstkonsolidierung der SWM ist gemäß § 301 Abs. 2 Satz 3 HGB zum 1. Januar 2016 erfolgt. Der aus der Erstkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbetrag von T€ 6.548 wurde in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, da der Unterschiedsbetrag aus Gewinnthesaurierungen der Vorjahre resultiert. Die Erstkonsolidierung der im Jahr 2021 neu gegründeten SWMG ist zum 31. Dezember 2021 erfolgt.

Der gebildete Ausgleichsposten enthält die Anteile konzernfremder Gesellschafter am Eigenkapital (gezeichnetes Kapital, Rücklagen und Konzernergebnis) der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften.

Forderungen, Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden gegeneinander aufgerechnet.

Eine Zwischengewinneliminierung wurde nicht durchgeführt, da keine konzerninternen Verkäufe im Geschäftsjahr 2024 stattfanden.

c) Assoziierte Unternehmen

Die erstmalige Equity-Bewertung aller assoziierten Unternehmen erfolgt nach der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zu den Zeitpunkten, zu den die Unternehmen assoziierte Unternehmen geworden sind. Die sich aus der erstmaligen Bewertung ergebenden, auf das Mutterunternehmen entfallenden, passiven Unterschiedsbeträge von insgesamt T€ 787 wurden in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, da die Unterschiedsbeträge aus Gewinnthesaurierungen der Vorjahre resultieren. Die Jahresabschlüsse der assoziierten Unternehmen werden entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Dabei werden entgeltlich erworbene EDV-Programme über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibung des Geschäfts- und Firmenwertes erfolgt entsprechend dem Zeitraum, über welchen wirtschaftliche Rückflüsse erwartet werden, über zehn Jahre.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die die Einzelkosten und angemessene aktivierungspflichtige Gemeinkostenzuschläge enthalten, zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und soweit abnutzbar vermindert um planmäßige und ggf. außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig. Die den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegten Abschreibungssätze orientieren sich im Wesentlichen an den steuerlich anerkannten Nutzungsdauern. Sie liegen bei den Gebäuden bei bis zu 50 Jahren, bei Gewinnungs- und Bezugsanlagen zwischen 10 und 30 Jahren, bei Verteilungsanlagen zwischen 15 und 40 Jahren und bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren. Die Sachanlagen werden linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bis zu € 250,00 werden aus Vereinfachungsgründen entsprechend § 6 Abs. 2a EStG im Erwerbsjahr voll abgeschrieben. Für Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen € 250,01 und € 1.000,00 liegen, wird entsprechend des § 6 Abs. 2a Satz 1 EStG ein Sammelposten gebildet, der im Jahr der Bildung und den darauffolgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wird. Die Anwendung der steuerlichen Sammelpostenmethode hat keine wesentliche Auswirkung auf den handelsrechtlichen Konzernabschluss.

Geleistete Anzahlungen werden mit ihrem Nennwert angesetzt.

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden mit dem Buchwert, welcher um den Betrag der Eigenkapitalveränderungen, die den dem Mutterunternehmen gehörenden Anteilen am Kapital des assoziierten Unternehmens entsprechen, fortgeschrieben.

Die in den Finanzanlagen ausgewiesenen envia-Aktien werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet. Im Rahmen der Konzerneröffnungsbilanz wurden zu diesem Zeitpunkt im Bestand befindlichen Wertpapiere mit dem Marktwert neu bewertet. Liegen Börsen- und Marktwerte oder ggf. die beizulegenden Werte zum Abschlussstichtag unter den Anschaffungskosten, werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen; bei den unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapieren, jedoch nur bei voraussichtlich andauernder Wertminderung.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungskosten nach der LIFO-Methode bewertet, sofern keine Abschreibungen auf niedrigere Markt- bzw. beizulegende Werte notwendig sind.

Unter den Vorräten werden die unentgeltlich erhaltenen Emissionsberechtigungen mit einem Erinnerungswert bilanziert. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr entgeltlich CO_2-Zertifikate erworben. Diese sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Geleistete Anzahlungen werden mit ihrem Nennwert angesetzt.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände, die flüssigen Mittel sowie das als gezeichnetes Kapital ausgewiesene Stammkapital des Mutterunternehmens werden zum Nennwert bewertet. Den in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Risiken wird durch Bildung von angemessen dotierten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Für den Ausbau des Fernwärmenetzes wurde eine Förderung gem. § 7a KWKG beantragt. Diese wurde als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen eingestellt und ab 2012 abgeschrieben. Die Förderung umfasst die Kosten für Neu- und Ausbau von Wärmenetzen mit Baubeginn 1. Januar 2009 und Inbetriebnahme bis 31. Dezember 2024.

Die jeweils in einem Sonderposten erfassten Investitionszuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Anlage, die empfangenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge über die Nutzungsdauer der bezuschussten Sachanlage ergebniswirksam aufgelöst.

Die entsprechenden Erträge aus Auflösung der Sonderposten werden bei den Baukostenzuschüssen und Hausanschlusskostenbeiträgen unter den Umsatzerlösen und bei den übrigen Sonderposten unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen wurden mit Hilfe eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Tower Watson Deutschland GmbH, Wiesbaden, ermittelt. Die Berechnung der Rückstellungen zum 31. Dezember 2024 erfolgte unter Anwendung eines modifizierten Teilwertverfahrens. Zur Abzinsung der Pensionsverpflichtungen wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der von der Deutschen Bundesbank auf dem Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 1,90 % angesetzt. Als Beitragsbemessungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung wurden € 90.600 angesetzt. Die Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung wurde dem aktuellen Rentenbericht entnommen. Eine Anpassung der laufenden Renten in Höhe von 2,00 % wurde berücksichtigt.

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten angemessen und sind gemäß § 253 Abs.1 Satz 2 HGB nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde eine Rückstellung für den Rückbau von Gasleitungen aufgrund der Energiewende gebildet. Mit Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Brennstoffe wird das heute bestehende Gasnetz nicht mehr oder nicht mehr in der heute vorhandenen Größe betriebsnotwendig sein. Aus diesem Grund stellen sich die SWM heute schon darauf ein, die vorhandenen Gasleitungen bis 2045 zu großen Teilen entfernen zu müssen.

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag.

Unter den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben und Einnahmen vor dem Abschlussstichtag erfasst, soweit sie Aufwand und Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich steuerlich wirksam abbauen. Aktive und passive latente Steuern werden unsaldiert ausgewiesen. Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen latenten Steuern ergeben sich nach § 306 i. V. m. § 301 HGB aus der Neubewertungsmethode sowie aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz. Der Berechnung der aktiven und passiven latenten Steuern liegt der maßgebliche Steuersatz der betroffenen Konzernunternehmen zugrunde.

5. Erläuterung zur Konzernbilanz

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens sind im Konzernanlagenspiegel gesondert dargestellt.

Zum Bilanzstichtag lagen im Konzern nachfolgende Emissionsberechtigungen vor:

	Stückzahl	Marktwert T€	Buchwert T€
EUA (Zuteilungen ab 2016)	24.511	1.715	0

Aus der Tarifkundenabgrenzung (Hochrechnung) zum 31. Dezember 2024 ergeben sich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von T€ 6.779, die anhand des gewichteten Verbrauches ermittelt und unter Berücksichtigung bereits gezahlter Abschlagszahlungen von T€ 2.626 ausgewiesen werden. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen die Gesellschafterin, Stadt Merseburg, aus der Betriebskostenabrechnung der Klia-Tiefgarage sowie Forderungen aus Nebengeschäften in Höhe von T€ 3 (31. Dezember 2023 T€ 8) enthalten.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit T€ 21 (31. Dezember 2023 T€ 14) die Gesellschafterin envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), Chemnitz, und resultieren aus Lieferungen und Leistungen. Des Weiteren bestehen Forderungen gegen die Beteiligungsgesellschaft Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH (SOLSA), Bernburg, von € 650 (31. Dezember 2023 T€ 2) aus Lieferungen und Leistungen. Liefer- und Leistungsforderungen gegen die Beteiligungsgesellschaft Servicegesellschaft

Sachsen-Anhalt Süd mbH, Weißenfels (SG SAS) bestehen im mit T€ 92 aus Weiterberechnungen von Stellplatzmieten und Stromkosten Rechenzentrum (31. Dezember 2023 T€ 166).

Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände sind im Folgejahr abziehbare Vorsteuern von T€ 793 (31. Dezember 2023 T€ 507) sowie sonstige Forderungen gegen die Stadt Merseburg (Gesellschafterin) von T€ 442 (31. Dezember 2023 T€ 601) enthalten.

Alle Forderungen haben – wie zum Vorjahresbilanzstichtag – eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Aktive latente Steuern ergeben sich im Wesentlichen aus temporären Differenzen, welche aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen der Rückstellungen resultieren. Für die Berechnung der Steuerlatenzen wurde ein unternehmensindividueller Steuersatz von 29,96 % zugrunde gelegt.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von T€ 20 (Überdeckung).

Die Rückstellungen beinhalten u.a. Rückbauverpflichtungen (T€ 5.858), ausstehende Rechnungen (T€ 241), Instandsetzung bzw. Instandhaltung (T€ 247), Prüfungs- und Beratungskosten (T€ 181) und Prozesskosten (T€ 297). Rückstellungen für den Verbrauch von CO_2-Zertifikaten wurden i. H. v. T€ 1.134 im Geschäftsjahr gebildet.

Für verbleibende Rückzahlungen von erhaltenen Entlastungen zu Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme an die KfW und den ÜNB wurden im Geschäftsjahr Rückstellungen von T€ 802 gebildet Neugebildet wurde eine Rückstellung für Rückbauverpflichtungen von Gasleitungen aufgrund der Energiewende von T€ 344 einschließlich Abzinsung. Rückstellungen für Altleitungen wurden in diesem Zusammenhang in Höhe von T€ 723 aufgelöst.

Die Verbindlichkeiten haben am Bilanzstichtag folgende Restlaufzeiten:

			Restlaufzeiten		
	Stichtag	**Gesamt**	**≤ 1Jahr**	**> 1 Jahr**	**davon > 5 Jahre**
		T€	**T€**	**T€**	**T€**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2024	47.340	4.620	42.719	21.628
	(31.12.2023)	(41.640)	(4.155)	(37.485)	(18.175)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2024	5.660	5.660	0	0
	(31.12.2023)	(4.909)	(4.909)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Erhaltenen Anzahlungen	31.12.2024	1.388	1.388	0	0
	(31.12.2023)	(463)	(463)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2024	140	140	0	0
	(31.12.2023)	(691)	(691)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2024	3.301	3.301	0	0
	(31.12.2023)	(5.629)	(5.629)	(0)	(0)
	31.12.2024	**57.829**	**15.109**	**42.719**	**21.628**
	(31.12.2023)	(53.332)	(15.847)	(37.485)	(18.175)

Die Besicherung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erfolgt ausschließlich durch Negativerklärungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus Lieferungen und Leistungen von den assoziierten Unternehmen SOLSA (T€ 8; 31. Dezember 2023 T€ 0), SG SAS (T€ 0; 31. Dezember 2023 T€ 129) und enviaM (T€ 131; 31. Dezember 2023 T€ 562). Die Verbindlichkeiten gegenüber der enviaM sind gleichzeitig Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber (Minderheits-) Gesellschaftern aus Ausgleichszahlungen einschließlich hierauf entfallende Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag von T€ 1.328 (31. Dezember 2023 T€ 1.326).

Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus der Neubewertung von Wertpapieren. Für die Berechnung der Steuerlatenzen wurde ein unternehmensindividueller Steuersatz von 29,96 % zugrunde gelegt.

6. Erläuterungen zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse ergeben sich mit T€ 33.025 (Vorjahr T€ 34.432) aus der Stromversorgung, mit T€ 12.191 (Vorjahr T€ 10.989) aus der Wärmeversorgung, mit T€ 11.705 (Vorjahr T€ 13.200) aus der Gasversorgung, mit T€ 94 (Vorjahr T€ 90) aus Erlösen Parkhaus und mit T€ 10 (Vorjahr T€ 10) aus Erlösen Versicherungsmanagement, mit T€ 4.601 (Vorjahr T€ 4.155) aus Telekommunikationsdienstleistungen und sonstigen Dienstleistungen sowie mit T€ 2.018 (Vorjahr T€ 1.825) aus Erlösen Netznutzung und Mehr- und Mindermengenabrechnung Gas.

Die von der Stadtwerke Merseburg GmbH abzuführende Stromsteuer von T€ 776 und Energiesteuer von T€ 367 aus Lieferung an Endkunden werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt. Die abzuführende Stromsteuer mindert sich um Nachzahlungen aus dem Vorjahr i. H. v T€ 18. Die abzuführende Energiesteuer mindert sich um Nachzahlungen aus dem Vorjahr i. H. v T€ 200.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen sind T€ 314 (Vorjahr T€ 970) periodenfremd. Die periodenfremden Erträge umfassen im Wesentlichen Gutschriften für die THE-Ausschüttung des RLM-Bilanzierungskontos T€ 172, Gutschriften für Endabrechnungen aus Nachtestierungen von KWK-Netzumlagen T€ 12 sowie Ausbuchungen von Verbindlichkeiten aus Vorjahren mit T€ 109.

Des Weiteren bestehen Erträge von T€ 735 (Vorjahr T€ 228) aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Zusammensetzung der Abschreibungen nach Bilanzposten ist im beiliegenden Anlagenspiegel dokumentiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten u. a. Wertberichtigungen T€ 57, Ausbuchungen von Guthaben T€ 10, Weiterberechnungen von Rechts- und Beratungskosten an Dritte T€ 37 sowie periodenfremde Aufwendungen T€ 140. Die periodenfremden Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Aufwendungen im Fernwärmenetz, wie Netzverdichtungen und Miete für Rohrbrücken bei der Infra Leuna sowie Abrechnungen von Netzumlagen und Deltazeitreihen.

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind neben der Gewerbe- und Körperschaftsteuer Aufwendungen aus der Veränderung der latenten Steuern von im Saldo T€ 201 (Vorjahr Erträge T€ 584) enthalten. Übersicht zur Entwicklung der latenten Steuersalden:

	01.01.2024 T€	**Veränderung T€**	**31.12.2024 T€**
aktive latente Steuern	2.367	1.036	3.403
passive latente Steuern	396	1.237	1.633

In den sonstigen Steuern sind Energiesteuern auf Eigenverbräuche von T€ 150 enthalten.

7. Kapitalflussrechnung

Die Aufstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach den Grundsätzen des DRS 21. Der Finanzmittelfonds umfasst Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten aller in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

8. Zusammensetzung und Entwicklung des Konzerneigenkapitals

Die Aufstellung des Eigenkapitalspiegels für das Geschäftsjahr 2024 erfolgt nach den Grundsätzen des DRS 22.

9. Ergänzende Angaben

a) Honorare für Leistungen des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 berechnete Gesamthonorar beträgt netto T€ 74 und setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Abschlussprüfungsleistungen (T€ 42)
- Steuerberatung (T€ 31)
- andere Beratungsleistungen (T€ 1)

b) Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Es bestehen diverse branchenübliche Gas- und Energiebezugsverträge, die im Wesentlichen einer stabilen Versorgung auf aktuellem Niveau dienen. Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen für das Folgejahr aus Verträgen für Dienstleistungen (T€ 10.003), für Leasing und Miete (T€ 679), für beauftragte Investitionen (T€ 366). Von diesen Verpflichtungen bestehen T€ 10.003 gegenüber assoziierten Unternehmen.

Der Mietvertrag betrifft das Parkhaus Klia. Es handelt sich um einen sog. Operating-Lease Vertrag, der zu keiner Bilanzierung des Objektes bei der Gesellschaft führt. Der Vorteil dieses Vertrages liegt in der geringeren Kapitalbindung im Vergleich zum Erwerb und im Wegfall des Verwertungsrisikos. Risiken könnten sich aus einer längeren Vertragslaufzeit ergeben, sofern

das Objekte nicht mehr im bisherigen Umfang genutzt werden sollte, wozu es derzeit keine Anzeichen gibt.

c) Finanzinstrumente und Bewertungseinheiten

Finanzinstrumente werden zu Sicherungszwecken eingesetzt und mit den abgesicherten Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Gesellschaft setzt Finanzinstrumente ein, um Marktpreisrisiken aus dem Strom- und Gaseinkauf zu reduzieren. Die Bewertung (Ermittlung der Marktwerte) erfolgt für die Terminhandelsgeschäfte auf Basis der Veränderungen von Terminkursen. Für den Strom- und Gaseinkauf sind in Bewertungseinheiten ausschließlich erwartete und bereits kontrahierte Bezugsverträge und Handelsgeschäfte mit physischer Erfüllung zusammengefasst. Im Bereich der Stromhaushalts- und Gewerbekunden sowie der Erdgashaushalts- und Gewerbekunden sind Portfolio-Bewertungseinheiten aufgebaut. Diese sind nach Laufzeitbändern (Jahresscheiben) unterteilt, in welchen sich die gegenläufigen Wertänderungen bzw. Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen werden. Für Gewerbekunden, bei welchen eine eindeutige Zuordnung der Absatz- und Bezugsverträge (Back-to-Back Verträge) möglich ist, wurden Mikro-Bewertungseinheiten gebildet. Hierfür existieren keine offenen Positionen zum Bilanzstichtag. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 wurden bis zum Bilanzstichtag Strom- und Gasterminkontrakte mit einem Gesamtvolumen von T€ 16.238 abgeschlossen.

d) Angaben zu den Organen

Als Geschäftsführer des Mutterunternehmens war im Geschäftsjahr 2024 Herr Dipl.-Ing. (FH) Guido Langer, Leuna, bestellt. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird analog § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Der Aufsichtsrat des Mutterunternehmens besteht aus folgenden Mitgliedern:

Herr Sebastian Müller-Bahr
Aufsichtsratsvorsitzender, Oberbürgermeister der Stadt Merseburg

Frau Dr. Jutta Walther,
stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, (Mitglied bis 03.07.2024)
Stadträtin der Stadt Merseburg, nebenamtliches Vorstandsmitglied

Herr Bernd Seifert,
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender (Mitglied ab 04.07.2024)
Rentner, Ingenieurökonom

Herr Andree Weber,
Stadtratsmitglied; Gymnasiallehrer

Herr Rüdiger Abitzsch,
Stadtratsmitglied; Unternehmer

Frau Dr. Susanna Weber, (Mitglied bis 03.07.2024)
Stadtratsmitglied; Rechtsanwältin

Frau Claudia Ochmann,
Stadtratsmitglied; Angestellte (Mitglied ab 04.07.2024)

Im Geschäftsjahr 2024 wurde an den Aufsichtsrat eine Aufwandsentschädigung von € 10.500 gezahlt.

e) Arbeitnehmerschaft

Im Konzern waren im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich 35 Arbeitnehmer beschäftigt, davon 4 Lohn- und 31 Gehaltsempfänger.

f) Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben, ist nicht zu berichten.

g) Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, aus dem Jahresüberschuss 2024 des Mutterunternehmens einen Betrag von € 500.000 an die Gesellschafterin Stadt Merseburg auszuschütten und den Restbetrag von € 270.355,73 der Gewinnrücklage zuzuführen.

Merseburg, den 24. Juni 2025

Guido Langer
Geschäftsführer

Anlagenspiegel

M4PDFUtilities V1.10

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Entwicklung des Konzernanlagevermögens

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
	01.01.2024	**Zugänge**	**Equity Bewertung**	**Abgänge**	**Umbuchungen**	**31.12.2024**
	€	**€**	**€**	**€**	**€**	**€**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.128.720,37	154.727,21	0,00	29.379,40	114.890,87	3.368.959,05
2. Geschäfts- oder Firmenwert	3.384.172,95	0,00	0,00	0,00	0,00	3.384.172,95
3. Geleistete Anzahlungen	130.693,57	396,40	0,00	0,00	-114.890,87	16.199,10
	6.643.586,89	**155.123,61**	**0,00**	**29.379,40**	**0,00**	**6.769.331,10**
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	11.513.788,13	43.525,52	0,00	10.640,02	0,00	11.546.673,63
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	19.398.365,67	18.422,69	0,00	0,00	1.806.627,82	21.223.416,18
3. Verteilungsanlagen	140.003.003,62	5.804.364,06	0,00	149.152,73	777.365,21	146.435.580,16
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.920.862,87	101.157,99	0,00	17.638,82	0,00	2.004.382,04
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.247.043,94	2.923.510,10	0,00	1.121.019,34	-2.583.993,03	4.465.541,67
	178.083.064,23	**8.890.980,36**	**0,00**	**1.298.450,91**	**0,00**	**185.675.593,68**
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.376.277,96	0,00	402.613,88	0,00	0,00	5.778.891,84
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.300.720,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.300.720,00
	8.676.997,96	**0,00**	**402.613,88**	**0,00**	**0,00**	**9.079.611,84**
	193.403.649,08	**9.046.103,97**	**402.613,88**	**1.327.830,31**	**0,00**	**201.524.536,62**

Abschreibungen				Buchwerte	
01.01.2024	**Zugänge**	**Abgänge**	**31.12.2024**	**31.12.2024**	**31.12.2023**
€	**€**	**€**	**€**	**€**	**€**
2.191.700,50	139.776,21	29.379,40	2.302.097,31	1.066.861,74	937.019,87
3.086.942,12	111.461,56	0,00	3.198.403,68	185.769,27	297.230,83
0,00	0,00	0,00	0,00	16.199,10	130.693,57
5.278.642,62	**251.237,77**	**29.379,40**	**5.500.500,99**	**1.268.830,11**	**1.364.944,27**
4.635.021,38	234.911,77	10.640,02	4.859.293,13	6.687.380,50	6.878.766,75
13.900.697,00	1.036.013,99	0,00	14.936.710,99	6.286.705,19	5.497.668,67
81.335.338,05	4.645.127,73	149.080,10	85.831.385,68	60.604.194,48	58.667.665,57
1.427.599,08	140.835,64	17.638,82	1.550.795,90	453.586,14	493.263,79
1.074.873,75	0,00	1.074.873,75	0,00	4.465.541,67	4.172.170,19
102.373.529,26	**6.056.889,13**	**1.252.232,69**	**107.178.185,70**	**78.497.407,98**	**75.709.534,97**
0,00	0,00	0,00	0,00	5.778.891,84	5.376.277,96
0,00	0,00	0,00	0,00	3.300.720,00	3.300.720,00
0,00	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**9.079.611,84**	**8.676.997,96**
107.652.171,88	**6.308.126,90**	**1.281.612,09**	**112.678.686,69**	**88.845.849,93**	**85.751.477,20**

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	2024	2023
	T€	T€
Jahresergebnis	3.197.617,68	2.916.533,16
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	6.308.126,90	7.122.739,32
Zunahme (+) / Abnahme (-) der sonstigen Rückstellungen	-540.719,68	226.901,22
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-) (u. a. Auflösung der Investitions- und Ertragszuschüsse)	-686.692,90	-630.189,68
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	46.218,22	182.521,86
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.557.875,94	-3.379.692,35
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	34.192,07	398.370,43
Erträge Equity-Bewertung (-)	-652.613,88	-310.366,64
Zinserträge (-)	-586.611,45	-677.932,03
Zinsaufwendungen (+)	914.102,55	691.977,52
Erträge aus Wertpapieren (-)	-442.296,48	-429.093,60
Ertragsteueraufwand (+)	1.133.721,28	286.456,90
Ertragsteuerzahlung (-)	-1.221.083,65	-665.974,38
Einzahlungen (+) aus erhaltenen Baukostenzuschüssen sowie Hausanschlusskostenbeiträgen	415.009,21	407.087,34
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.361.093,93	6.139.339,07
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-155.123,61	-69.578,77
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.890.980,36	-4.301.272,10
Erhaltene Zinsen	586.611,45	619.932,03
Erhaltene Dividenden	692.296,48	677.717,85
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-7.767.196,04	-3.073.200,99
Einzahlungen (+) aus der Aufnahme von Krediten	10.200.000,00	0,00
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von Krediten	-4.500.507,13	-4.196.228,21
Einzahlungen (+) aus erhaltenen Investitionszuschüssen	892.349,00	148.299,00
Gezahlte Zinsen	-914.102,55	-647.024,13
Auszahlungen an Minderheiten (Ausgleichszahlung für das Vorjahr)	-1.325.994,00	-1.383.677,02
Auszahlungen an Gesellschafter (Gewinnabführung für das Vorjahr)	-250.000,00	-500.000,00
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.101.745,32	-6.578.630,36
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	**2.695.643,21**	**-3.512.492,28**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.261.899,47	11.774.391,75
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**10.957.542,68**	**8.261.899,47**

Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Konzerneigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2024

	Eigenkapital des Mutterunternehmens								Nicht beherrschende Anteile	Konzern-eigenkapital
		Rücklagen			Konzernbilanzgewinn					
	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	andere Gewinn-rücklagen	Summe	Gewinnvortrag	Konzernjahres-überschuss, der dem Mutter-unternehmen zuzurechnen ist	Summe	Summe	auf nicht beherrschende Anteile entfallener Gewinn	Summe
Stand 01.01.2023	**25.000,00**	**3.945.590,00**	**11.489.743,16**	**15.435.333,16**	**840.324,79**	**916.727,98**	**1.757.052,77**	**17.217.385,93**	**18.141.450,69**	**35.358.836,62**
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.026.741,19	1.026.741,19	1.026.741,19	1.889.791,96	2.916.533,15
Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00	129.427,08	-129.427,08	0,00	0,00	0,00	0,00
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0,00	0,00	542.300,90	542.300,90	0,00	-542.300,90	-542.300,90	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-500.000,00	-500.000,00	-500.000,00	0,00	-500.000,00
Ausgleichszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.325.994,00	-1.325.994,00
Stand 31.12.2023	**25.000,00**	**3.945.590,00**	**12.032.044,06**	**15.977.634,06**	**969.751,87**	**771.741,19**	**1.741.493,06**	**17.744.127,12**	**18.705.248,65**	**36.449.375,77**
Stand 01.01.2024	**25.000,00**	**3.945.590,00**	**12.032.044,06**	**15.977.634,06**	**969.751,87**	**771.741,19**	**1.741.493,06**	**17.744.127,12**	**18.705.248,65**	**36.449.375,77**
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.213.143,72	1.213.143,72	1.213.143,72	1.984.473,96	3.197.617,68
Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00	325.913,11	-325.913,11	0,00	0,00	0,00	0,00
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0,00	0,00	654.828,08	654.828,08	0,00	-654.828,08	-654.828,08	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00	0,00	-250.000,00
Ausgleichszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.328.132,00	-1.328.132,00
Sonstige Veränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2024	**25.000,00**	**3.945.590,00**	**12.686.872,14**	**16.632.462,14**	**1.295.664,98**	**754.143,72**	**2.049.808,70**	**18.707.270,84**	**19.361.590,61**	**38.068.861,45**

Von den anderen Gewinnrücklagen und vom Konzernjahresüberschuss, der dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist,
stehen zur Gewinnausschüttung an die Gesellschafter zur Verfügung € 2.049.808,70
unterliegen einer gesetzlichen Abführungs- bzw. Ausschüttungssperre € 0,00

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Merseburger Wasser und Service GmbH, Merseburg, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Merseburger Wasser und Service GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlage-

bericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Teilbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Um-

fang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 30. Juni 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

pwc digitally signed by

Carl Erik Daum
Wirtschaftsprüfer

pwc digitally signed by

ppa. Rene Strobach
Wirtschaftsprüfer

Leerseite aus bindetechnischen Gründen

iLovePDF Engine V24.20